

Parlamentswahlen in Marokko: Ende oder Anfang eines „marokkanischen Frühlings“?

Ferdinand Eibl

Am 25. November 2011 fanden in Marokko vorgezogene Parlamentswahlen statt. Dabei konnte die moderat-islamistische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD) ein Viertel der Sitze für sich gewinnen. Am 29. November 2011 wurde der Generalsekretär der Partei, Abdelilah Benkirane, vom König mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt.

Analyse

Die Wahlen waren der vorerst letzte Schritt eines Reformprozesses, der zwar von einer jugendlichen Protestbewegung Anfang 2011 in Gang gebracht, jedoch maßgeblich vom König und loyalen politischen Eliten gestaltet wurde. Den Kern des Reformprozesses bildete die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, welche von einer Reform des Parteiensystems begleitet wurde. Angesichts des erfolgreichen Verfassungsreferendums vom 1. Juli 2011 und der leicht gestiegenen Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen kann die monarchische Stabilisierungsstrategie vorerst als erfolgreich bewertet werden. Offen bleibt, ob die Wahl einer PJD-geführten Regierung das Ende oder vielmehr den Anfang eines weiterreichenden politischen Wandels darstellt.

- Trotz einer ähnlichen sozioökonomischen Ausgangslage wich die marokkanische Variante des „Arabischen Frühlings“ in ihrem Verlauf stark von anderen Ländern in der Region ab. Vor allem der Grad der sozialen Mobilisierung war deutlich geringer.
- Die neue marokkanische Verfassung als Kernstück des Reformprozesses lässt die politische Hegemonialstellung des Monarchen im Wesentlichen intakt. Die besonders an den Westen gerichtete Rhetorik eines politischen Neuanfangs muss daher mit Skepsis betrachtet werden.
- Auch nach der Reform des Parteiensystems bleibt eine Wiederbelebung der marokkanischen Parteienlandschaft fraglich, da die strukturellen Zwänge des monarchischen Autoritarismus ein erstarktes Parteiensystem nur schwer zulassen.
- Nicht primär der „Arabische Frühling“, sondern die geschickte und effektive Parteiorganisation der PJD erklärt den Wahlsieg der moderaten Islamisten.

Schlagwörter: Marokko, Wahlen, Arabischer Frühling, PJD

Marokkos milder Frühling

Während die politischen Umwälzungen des „Arabischen Frühlings“ von Massenmobilisierung, Exzessen politischer Gewalt und der Überforderung alter Regimeeliten gekennzeichnet waren, stellt die marokkanische Variante der regionalen Revolte eine Ausnahme dar. Zwar formierte sich auch dort – inspiriert von den Präsidentenstürzen in Tunesien und Ägypten – die „Bewegung 20. Februar“, eine nach ägyptischem Vorbild weitgehend virtuell organisierte Jugendbewegung, welche ihren Unmut über Arbeitslosigkeit, Vetternwirtschaft und mangelnde politische Freiheit in Demonstrationen auf die Straße trug. Allerdings blieben die Kundgebungen in Marokko weitgehend friedlich und erreichten nach anfänglichem Zulauf nicht die Größenordnung des tunesischen und ägyptischen Massenprotestes. In der Tat bildete die erste Großdemonstration am 20. Februar 2011 mit landesweit über 100.000 Teilnehmern den frühen Höhepunkt der Bewegung.

Dabei gleichen die sozioökonomischen Bedingungen der auch in Marokko mehrheitlich jungen Bevölkerung durchaus denen der arabischen Nachbarstaaten. 31,4 Prozent aller Jugendlichen sind arbeitslos, und trotz des einsetzenden demografischen Wandels strömen jährlich rund 200.000 neue Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt. Zudem lebt mehr als ein Viertel der marokkanischen Bevölkerung in Armut, woran auch die Entwicklungsfonds des Königshauses¹ bisher wenig geändert haben. Im diesjährigen Human Development Index (HDI) der Weltbank kommt Marokko auf den 130. Platz.

Dass die Protestbewegung in Marokko trotz vergleichbarer Ausgangslage nicht die Dynamik der tunesischen und ägyptischen Vorbilder erreichte, hat verschiedene Gründe. Zum einen scheint die marokkanische Monarchie im Gegensatz zu den gestürzten Nachbarregimen noch über ein Mindestmaß an politischer Legitimität zu verfügen. Diese speist sich aus einem in der Bevölkerung weit verbreiteten Verständnis des Monarchen als Garant nationaler, ethnischer und religiöser Einheit des Landes. Zu keinem Zeitpunkt des Protestes kam es von Seiten der „Bewegung 20. Februar“ zur Forderung nach einem Re-

gimesturz („*isqat al-nizam*“). Statt gegen den Monarchen selbst richtete sich der Protest vor allem gegen die Kernelite der königlichen Hofbürokratie (*makhzen*), so zum Beispiel gegen Fouad Ali El Himma, einen Jugendfreund des Königs und Mitbegründer der königsnahen PAM-Partei. Im Gegensatz zum tunesischen Regime gelang es der Monarchie, ihre eigenen Anhänger in Großdemonstrationen zu mobilisieren und damit die „Straßenhoheit“ nicht vollends an die Protestbewegung zu verlieren.

Zum anderen dämpfen die vorherrschenden soziopolitischen Bedingungen eine anhaltende Mobilisierung großer Teile der Bevölkerung. Im stark rural geprägten Marokko fiel es einer größtenteils urbanen Jugendbewegung sichtlich schwer, eine Landbevölkerung mit geringem Alphabetisierungsgrad in die Protestbewegung zu involvieren. Im Vergleich zu Ägypten, das eine ähnliche politische Geografie aufweist, verfügt Marokko nicht über ein urbanes Zentrum in der Größenordnung Kairo. Für einen spezifisch ruralen Protest, welcher den Anfang der tunesischen Revolte bildete, fehlt eine polarisierbare Konfliktlinie zwischen urbanem und ländlichem Raum.

Hinzu kommt die anhaltende Isolierung der „Bewegung 20. Februar“. Es ist bezeichnend, dass keine der im Parlament vertretenen Parteien sich offen hinter die Protestbewegung stellte. Selbst die islamistische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD), welche als politische Opposition im Parlament ein bisweilen kritisches Verhältnis zum marokkanischen Königshaus pflegt, forderte ihre Anhänger auf, nicht an den Demonstrationen teilzunehmen. Die Strategie der Anbindung früherer Oppositionsparteien und der Spaltung des politischen Systems in „loyale“ und „radikale“ politische Akteure, welche die Monarchie bereits unter Hassan II. verfolgte, erweist sich damit als entscheidender Stabilisierungsfaktor des politischen Systems. Die größte Unterstützung erfuhr die Protestbewegung von kleinen Parteien der radikalen Linken und der verbotenen, jedoch tolerierten islamistischen Gemeinschaft für Gerechtigkeit und Wohltätigkeit (*jama'at al-'adl wa al-ihsan*). Damit geriet die ohnehin führungsschwache Jugendbewegung zusehends in ideologische Auseinandersetzungen zwischen Islamisten und extremen Linken. Auch rückte die Bewegung durch die Unterstützung der Islamisten in den Fokus der Sicherheitskräfte und sah sich seit dem Sommer vermehrt politischer Repression ausgesetzt.

¹ Zwei große Entwicklungsfonds stehen unter direkter Aufsicht des Königs: der Fonds Hassan II. und der Fond Mohammed VI. Zudem initiierte der König 2005 die *Initiative Nationale de Développement Humain* (INDH).

Ein letzter Erklärungsfaktor für den spezifischen Verlauf der Protestbewegung war die geschickte politische Strategie des Staatsapparates. Anders als in Tunesien oder Ägypten setzte dieser besonders in der Frühphase des Protestes nicht auf gewaltsame Repression. Durch die Zurückhaltung der Sicherheitskräfte bot das Regime wenig Angriffsfläche für eine Eskalation des Widerstandes. Zudem verdoppelte die Regierung bereits am 15. Februar 2011, also fünf Tage vor der ersten Großdemonstration, die Subventionen für Zucker, Speiseöl und Getreide, um die soziale Situation im Land zu stabilisieren. Diese Sofortmaßnahme wurde im Laufe des Jahres durch eine Erhöhung des Mindestlohnes um 15 Prozent sowie eine Anhebung der Beamtengehälter und kleinen und mittleren Renten komplettiert. Begünstigt wurde dieses sozialpolitische „Bonanza“ durch einen anhaltenden Preisboom im Phosphatbereich, von dem Marokko als weltgrößter Exporteur im besonderen Maße profitiert.² Langfristig stellen diese Ausgaben den marokkanischen Haushalt aber vor nicht zu unterschätzende strukturelle Belastungen. Noch wichtiger jedoch als repressive Zurückhaltung und distributive Großzügigkeit war die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, welche den Kernbestandteil der monarchischen Stabilisierungsstrategie bildete.

Marokkos neue Verfassung

Am 9. März 2011, also nur wenige Tage nach der ersten Großdemonstration, ergriff der Monarch die Initiative und wandte sich in einer Fernsehansprache direkt an das Volk. Darin kündigte er die Einberufung einer Expertenkommission unter Leitung des Staatsrechtlers Abdellatif Menouni an, die er mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung betrauen werde. In einem Referendum am 1. Juli 2011 wurde diese neue Verfassung von einer überwältigenden Mehrheit (98 Prozent) der Wähler angenommen. Die Verfassungsreform brachte durchaus einige positive Neuerungen. So enthält der Text eine verbindliche Grundrechtscharta und stärkt die Partizipation der Bürger durch die Einführung eines Petitionsrechts. Zudem wurde ein neuer Menschenrechtsrat geschaffen und die Kompetenzen der Instanz zur Korruptionsbekämpfung ausgeweitet.

² Seit 2007 ist der Phosphatpreis weltweit um das Zehnfache gestiegen.

Auch die neue Verfassung lässt trotz großer Reformrhetorik und der Beteiligung politischer und zivilgesellschaftlicher Akteure am Reformprozess das Koordinatensystem autoritärer Machtverteilung in Marokko weitgehend intakt (Engelcke 2011). Der Premierminister wird zwar semantisch zum „Regierungspräsidenten“ aufgewertet und kann fortan Kabinettsitzungen selbstständig – ohne Beteiligung des Königs – leiten. Allerdings behält sich der Monarch das Recht vor, die Leitung des Kabinetts bei „strategischen Fragen“ weiterhin zu übernehmen. Dem Parlament ist es nunmehr möglich, die Regierung mit nur 33 Prozent aller Stimmen abzusetzen. Jede Regierung steht somit auf einer äußerst fragilen parlamentarischen Grundlage. Dass der Regierungschef automatisch von der stärksten Partei im Parlament gestellt wird, kann diese institutionelle Schwäche nicht wett machen. Auch behält der Monarch die Kontrolle über die Streitkräfte und steht einem neu gegründeten Hohen Sicherheitsrat vor, welcher über die strategischen Belange des Landes beraten soll.

Ähnlich verhält es sich mit der Unabhängigkeit der Justiz, welche jetzt verfassungsmäßig garantiert ist. Hier wird der Vorsitz des Hohen Justizrates lediglich an den Vorsitzenden des Kassationsgerichts delegiert – ein Einfallstor für eine potenzielle Einflussnahme durch den Palast. Der umstrittene Verfassungsartikel 19, welcher die Rolle des Monarchen als religiöses Oberhaupt (*amir al-mu'minin*) festschreibt, bleibt in seinem Wesensgehalt ebenfalls erhalten. Damit wird auch durch die neue Verfassung die Monarchie als entscheidendes Zentrum religiös-symbolischer Macht in Marokko bestätigt.

In anderen Bereichen stellt die neue Verfassung lediglich eine Fortschreibung und Bündelung bereits existierender royaler Reformprojekte dar. Dies betrifft vor allem die angestrebte Regionalisierung Marokkos. So sollen Regional- und Lokalparlamenten mehr Kompetenzen und ein Mindestmaß an Selbstverwaltung zugestanden werden. Wie dies verwirklicht werden soll, ist allerdings offen. Auch die Anerkennung der Berbersprache als zweite Amtssprache Marokkos setzt eine Politik der Öffnung gegenüber der Berberminorität des Landes fort, welche bereits mit der Gründung des Königlichen Instituts für Berberkultur im Jahr 2001 begonnen hatte.

Anstelle eines radikalen Bruchs steht die Verfassungsreform damit in der Kontinuität marokkanischer Herrschaftslogik. Zum einen folgt der

König einer Logik der Herrschaftssicherung durch institutionelle Reform. In dieser Hinsicht stellt sich Mohammed VI. in eine Reihe mit seinem Vater, Hassan II, der wiederholt zum Mittel der Verfassungsreform gegriffen hatte, um politische Krisen zu überwinden. Dabei ist zu beachten, dass Mohammed VI. die Grundzüge der Verfassungsreform in seiner Rede am 9. März 2011 bereits grob skizziert und somit selbst die Leitlinien einer von ihm benannten Kommission vorgegeben hatte. Dies lässt sich nicht mit dem politischen Gewicht einer souverän gewählten verfassungsgebenden Versammlung wie im Fall Tunesiens vergleichen. Zudem bleibt Mohammed VI. seinem „neuen Konzept von Autorität“ (Königreich Marokko 1999) treu, welches vorsieht, durch eine möglichst breite Einbindung aller Akteure ein Maximum an Zustimmung zum Reformprozess zu generieren, ohne jedoch die Kontrolle über diesen Prozess aus der Hand zu geben. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass bei der Gestaltung des marokkanischen Reformprozesses immer auch auf eine erfolgreiche Außenwirkung gegenüber Europa und den USA geachtet wird (Willis 2009). Dass Marokko zusammen mit Tunesien, Ägypten und Jordanien ebenfalls „Transitionsfelder“ der G8-Staaten erhalten hat, unterstreicht die Effizienz des marokkanischen Reformdiskurses.

Reform des Parteiensystems vor den Wahlen

Nach dem erfolgreichen Verfassungsreferendum löste der König das Parlament auf und einigte sich mit den politischen Parteien nach zähen Verhandlungen auf den 25. November 2011 als Wahltermin. Mit diesem Schritt sollte die Reformagenda des Königs weiter legitimiert und der neu geschaffene institutionelle Rahmen mit Leben gefüllt werden. Um den Erfolg dieses zweiten Legitimationsschritts zu gewährleisten, wurde im Vorfeld der Wahlen auch das marokkanische Parteiensystem einem Reformprogramm unterzogen. Dabei standen drei zentrale Aspekte im Vordergrund:

1. Korruptionsbekämpfung: Für Stimmen- und Wählerkauf, welche besonders in ärmeren Wahlbezirken stark verbreitet sind, wird ein deutlich höheres Strafmaß festgesetzt. Im Wahlkampf dürfen zudem nicht mehr als 250.000 Dirham pro Mandat ausgegeben werden. Bei Missachtung droht ein Entzug des Mandats. Auch wird

bei den Wahlen die Wahlkarte als Identifikationsmittel durch den Personalausweis ersetzt, was den Stimmenkauf zusätzlich erschweren soll.

2. Stabilisierung des Parteiensystems: Abgeordnete, die während der laufenden Wahlperiode die Partei wechseln, verlieren nunmehr automatisch ihr Mandat. Anreize für opportune Parteiwechsel, die vor allem unter ökonomisch einflussreichen Einzelabgeordneten, sogenannten Notabeln, weit verbreitet sind, sollen damit reduziert werden.
3. Elitenzirkulation: Für Frauen und Jugendliche wird eine Quote von jeweils 60 und 30 Abgeordneten eingeführt. Die Parteien werden verpflichtet, mindestens 60 Frauen und 30 Jugendliche auf ihren Wahllisten zu führen. Die Kategorie „Jugendlicher“ wurde dabei angesichts der marokkanischen Altersstruktur bedenklich weit gefasst und umfasst alle Männer unter 40 Jahren.

Ergänzt wurden diese Reformen durch eine Ehrencharta, auf die sich alle Parteien im Vorfeld der Wahlen verpflichteten. Diese von der *Instance Centrale de la Prévention de la Corruption* (ICPC) ausgearbeitete Charta sieht unter anderem eine Stärkung der parteiinternen Demokratie und die Ausarbeitung „realistischer“ Parteiprogramme vor. Auch sollen Kandidaten, die in der Vergangenheit durch illegale Wahlpraktiken aufgefallen sind, nicht mehr aufgestellt werden.

Ähnlich der Verfassungsreform steht damit auch die Reform des Parteiensystems in der Kontinuität monarchischer Reformen, denn bereits 2002 und 2006 war ein neues Wahl- und Parteiengesetz mit der gleichen Zielsetzung verabschiedet worden (Desrues 2007). Ob die jüngsten Reformen das Parteiensystem dauerhaft dynamisieren können, bleibt allerdings fraglich. Institutionelle Strukturen wie die weitreichenden Klientelnetzwerke und mangelnde parteiinterne Demokratie haben sich bisher als besonders reformresistent erwiesen. Insbesondere gegenüber den Interessen junger Marokkaner haben sich Parteien im letzten Jahrzehnt nur wenig responsiv gezeigt. Bezeichnenderweise war bei den Wahlen von 2007 die Zahl der bewusst ungültig gemachten Stimmen in den wohlhabendsten und gebildetsten Wahlbezirken am größten. Das Grunddilemma des marokkanischen Parteiensystems ist aber im monarchischen Autoritarismus selbst verankert. So sollen Parteien „funktionieren“, d.h. eine wachsende junge und gebildete Mittelklasse an das politische Sys-

tem anbinden, ohne jedoch die Politikgestaltung maßgeblich zu beeinflussen (Tozy 2008). Damit fungieren Parteien primär als Zugang zu öffentlichen Verteilungsnetzwerken, was Besitzstandswahrung auf Seiten der etablierten Eliten strukturell befördert.

Dies offenbarte sich auch im Wahlkampf 2011. Zwar überboten sich viele Parteien darin, „junge, neue Gesichter“ mit hohem Ausbildungsniveau zu präsentieren. Allerdings zeigte sich bei genauerem Hinsehen, dass viele der jungen Kandidaten in besonders aussichtslosen Wahlkreisen aufgestellt wurden. Die undurchsichtige Kandidatenkür wurde vielfach von Frauen- und Jugendorganisationen kritisiert, und manche Parteikader nutzten die Ernennungskommission, um enge Verwandte aussichtsreich zu platzieren. Trotz Frauenquote blieben Kandidatinnen mit nur 10 Prozent der Listenplätze deutlich unterrepräsentiert. Thematisch griffen viele Parteien die Schlagwörter des „Arabischen Frühlings“ auf. So kam dem Begriff der Würde (*karama*) im Wahlkampf eine prominente Stellung zu. Ebenso zentral waren der Kampf gegen Korruption und die Beseitigung sozialer Notstände als thematische Schwerpunkte. Dabei kann der angestrebte Realismus vieler Parteiprogramme, welche häufig mit Versprechungen einer Halbierung der Armut oder von jährlich 200.000 neuen Arbeitsplätzen aufwarteten, durchaus bezweifelt werden.

Lediglich in Bezug auf die Zerklüftung der Parteienlandschaft ist ein klarer Erfolg des Reformprogramms zu konstatieren. Anders als bei vorangegangenen Wahlen organisierten sich die großen politischen Parteien im Vorfeld der Wahl in drei politischen Lagern. Liberale, königsnahe Parteien schlossen sich zur einer „Allianz für Demokratie“ zusammen, während die Parteien der historischen Nationalbewegung an ihrem Bündnis „demokratischer Block“ (*al-kutla al-dimuqratiyya*) festhielten. Einzig die islamistische PJD ging in diese Wahl ohne ein klares politisches Bündnis.

Das Wahlergebnis

Obwohl das marokkanische Wahlsystem eine erdrutschartige Stimmenverschiebung nahezu unmöglich macht, kann das Wahlergebnis, und insbesondere das sehr gute Abschneiden der PJD, durchaus als Überraschung gelten. Während die Islamisten sich 2007 noch mit 14 Prozent und

einem zweiten Platz hinter der konservativen Unabhängigkeits-Partei (*Istiqlal*) zufrieden geben mussten, sind sie mit 27 Prozent aller abgegebenen Stimmen der klare Sieger der marokkanischen Parlamentswahlen von 2011. Im Vergleich zu 2007 konnte die PJD ihre Sitze im Parlament von 46 auf 107 Sitze mehr als verdoppeln. Die zweitplatzierte Istiqlal-Partei kommt mit 60 Sitzen lediglich auf 15 Prozent aller Stimmen. Die dritte Stelle belegt der liberale *Rassemblement National des Indépendants* (RNI) mit 52 Sitzen, dicht gefolgt von der Partei für Authentizität und Modernität (PAM) mit 47 Sitzen. Das königsnahe Acht-Parteien-Bündnis, dem die beiden letzteren Parteien angehören, kam insgesamt auf 154 Sitze und verfehlte damit klar ihr erklärtes Wahlziel einer Regierungsmehrheit. Die Wahlbeteiligung lag bei 45,5 Prozent.

Die Wahl wurde von 4.000 nationalen und internationalen Beobachtern begleitet und als durchweg frei und fair eingestuft. Positiv festzuhalten ist, dass das Innenministerium und die Regionalverwalter, welche 2007 noch für ihre partielle Einmischung von der PJD kritisiert worden waren, sich durchgehend neutral verhielten und einen transparenten Wahlablauf ermöglichten. Damit verstetigt sich in Marokko ein Prozess des sukzessiven Rückgangs direkter staatlicher Einmischung in den Wahlvorgang. Ein Rückfall in Zeiten der direkten Wahlmanipulation scheint auch für zukünftige Wahlen sehr unwahrscheinlich. Die gestiegene Wahlbeteiligung, welche in der marokkanischen Öffentlichkeit weitgehend als Bestätigung der königlichen Reformagenda gedeutet wurde, sollte mit Vorsicht interpretiert werden. Einerseits kann der Boykottaufruf der Protestbewegung, angeführt von der „Bewegung 20. Februar“ und der islamistischen Gemeinschaft für Gerechtigkeit und Wohltätigkeit, als gescheitert gelten. Andererseits waren bei den Parlamentswahlen 2007 noch 15,5 Millionen Wähler registriert, 2011 jedoch nur noch 13,5 Millionen. Effektiv stieg die Zahl der abgegebenen Stimmen daher um lediglich 400.000, also knapp dreieinhalb Prozent. Würde man gar die Gesamtzahl aller Wahlberechtigten (ca. 22 Millionen) als Maßstab anlegen, beträgt die Wahlbeteiligung nur 27 Prozent. Hinzu kommt, dass die Wahlbeteiligung nach wie vor sehr ungleich verteilt ist. Auch bei den jüngsten Parlamentswahlen bestätigt sich die Tendenz: Je wohlhabender und gebildeter die Wähler sind, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie zur Wahl gehen.

Des Weiteren zeichnet sich nach der Wahl eine Dreigliederung der Parteienlandschaft mit zwei zentralen Konfliktlinien ab. Zum einen lässt sich eine relativ klare Konfliktlinie zwischen eher säkularen und einer dezidiert islamistischen Partei erkennen. Zum anderen zeigt sich eine deutlich schwächere Konfliktlinie zwischen sehr königstreuen und potenziell königskritischen Parteien ab. Repräsentiert werden die beiden Strömungen jeweils von dem königsnahen Parteienbündnis „Allianz für die Demokratie“ und der islamistischen PJD. Dazwischen steht das historische Bündnis der Parteien der Nationalbewegung, die *Kutla*.

Für den Wahlsieg der PJD 2011 wird in der marokkanischen Presse vor allem der „Arabische Frühling“ als Erklärung für den Siegeszug der Islamisten ins Feld geführt. Doch so sehr der Wahlsieg der PJD einer politischen Konjunktur zu folgen scheint, welche im Zuge der regionalen Umbrüche moderat-islamistische Parteien in Regierungsverantwortung bringt, greift eine Analyse des Wahlsieges der PJD vor dem bloßen Hintergrund des „Arabischen Frühlings“ zu kurz. Vielmehr ist es das Ergebnis einer geschickten und effektiven Parteiorganisation, welcher die PJD ihren Wahlerfolg zu verdanken hat. Zum einen verstand es die PJD seit ihrer Integration ins politische System Ende der 1990er Jahre, sich geschickt als einzig verbliebene Oppositionspartei zu profilieren, ohne jedoch Zweifel an ihrer pro-monarchischen Haltung zu schüren (Belal 2009). Damit übernahm sie weitgehend die Rolle der historischen Parteien der Nationalbewegung, welche über Jahrzehnte hinweg die Rolle der politischen Opposition ausgefüllt hatten. Zum anderen profitierte die PJD von einer bewussten Strategie der Wählernähe (*proximité*), die sie insbesondere nach ihren Erfolgen in den Kommunalwahlen 2009 weiter ausbaute. Dabei kommt der PJD zugute, dass sie mit der Bewegung für Einheit und Reform (*harakat al-tawhid wa al-islam*; MUR) über eine besonders unter jungen Marokkanern breit vernetzte Graswurzelbewegung verfügt. Diese versorgt sie nicht nur mit Wahlkampfaktivisten, sondern stellt auch einen entscheidenden Rückkoppelungsmechanismus einer relativ technokratischen Parteiführung an eine heterogene Wählerschaft dar. In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, dass die PJD im Schnitt über die jüngsten Aktivisten und einen großen Anteil an weiblichen Mitgliedern verfügt (Willis 2008). Diese können dank relativ gut funktionie-

render parteiinterner Demokratie verhältnismäßig schnell in die Führungsriege aufsteigen. Darüber hinaus verstand es die PJD, mit einem Diskurs der „Moralisierung von Politik“ einen Nerv der ansonsten eher ideologiefernen marokkanischen Wählerschaft zu treffen. Mit Blick auf die Wahlkreisergebnisse von 2011 der Partei bleibt festzuhalten, dass die PJD – wie bereits 2007 – die Sozialistische Union der Volkskräfte (USFP) als *tribunus plebis* in den urbanen Ballungszentren abgelöst hat (Bennani-Chraïbi 2008). Während die Parteien der historischen Nationalbewegung sich seit Ende der 1990er Jahre zusehends „notabilisierten“, kann die PJD nach wie vor auf ein breites Netzwerk an gut verankerten Parteiaktivisten zurückgreifen. Ein Novum dieser Wahlen ist jedoch, dass die PJD auch zusehends in ruralen Wahlbezirken Fuß zu fassen scheint, die traditionell eher von königsnahen Notablen dominiert wurden.

Insgesamt betrachtet, ist die Strategie der Eindämmung und Isolierung der PJD, welche vor allem von der royalistischen PAM-Partei verfolgt wurde (Eibl i.E.), klar gescheitert. Nicht nur ist das liberal-säkulare Lager mit starker Affinität zum Palast durch die Wahlen geschwächt; vielmehr scheint die PJD sogar von der Polarisierung, die von Seiten der PAM und des RNI im Vorfeld der Wahlen betrieben wurde, profitiert zu haben.

Ausblick

Der neuen Verfassung folgend, beauftragte der König am 29. November 2011 offiziell den Generalsekretär der PJD, Abdelilah Benkirane, mit der Bildung einer neuen Regierung. Damit ist Marokko nach Tunesien das zweite nordafrikanische Land mit einem islamistischen Regierungschef. Ähnlich wie die tunesische Ennahda bemühte sich auch die PJD nach den Wahlen um Vertrauensbildung nach innen und außen. Sowohl Investoren als auch liberale marokkanische Eliten müssten eine Islamisierung der marokkanischen Gesellschaft nicht fürchten. Angesichts ihrer moderaten Ausrichtung, der starken Rolle des Königs und der wahrscheinlichen Koalition mit dem eher linkssäkular gerichteten *Kutla*-Bündnis ist tatsächlich kein radikaler gesellschaftlicher Umbruch zu erwarten.

Für die mittelfristige politische Entwicklung des Landes sind zwei Szenarien denkbar. Gemäß dem ersten Szenario verläuft die Integration der

PJD in die Regierungsverantwortung als eine Art *Alternance 2.0*. Ähnlich wie bei der Eingliederung der Parteien des *Kutla*-Bündnisses 1998 (*alternance*) würde die PJD in den vom König gesteuerten Kooptationszyklus um Ämter und Posten integriert, wobei die zentrale Politikgestaltung Sache des Monarchen bliebe. Dies würde zwar den Konflikt mit dem König vermeiden, allerdings sehr wahrscheinlich Proteste der heterogenen Parteibasis hervorrufen und eine Wiederholung des Wahlerfolges bei den nächsten Parlamentswahlen gefährden. Auch kann bei einem solchen Szenario mittelfristig mit einer Wiederholung des diesjährigen Reformprozesses gerechnet werden, da eine vollkommen kooptierte PJD auch nicht in der Lage wäre, junge Mittelklasse-Marokkaner dauerhaft in das politische System zu integrieren. Benkiranes Äußerungen nach der Wahl, wonach keine wichtige Entscheidung ohne den König getroffen werden könne (*Jeune Afrique* 2011), deuten auf keinen großen Gestaltungsehrgeiz hin, sollten aber zu diesem Zeitpunkt nicht überbewertet werden.

In einem zweiten Szenario würde die PJD versuchen, das kleine Opportunitätsfenster, welches sich durch die Verfassungsreform eröffnet hat, für den Ausbau des eigenen Gestaltungsspielraumes zu nutzen. Die Chancen dafür stehen nicht schlecht. Die neue Verfassung lässt in ihrer Ambiguität Raum für einen maßvollen Bruch mit informellen Herrschaftspraktiken, wie zum Beispiel der Ernennung von Technokraten in die Schlüsselministerien Inneres, Äußeres, Justiz und Religion. Hinzu kommt, dass wohl keine marokkanische Partei in den letzten zwanzig Jahren so viel elektorale Legitimität erfahren hat wie die PJD. Sollten sich Tunesien oder gar Ägypten zu einer Demokratie entwickeln, dürfte es zudem für Marokko schwieriger werden, sich gegenüber der EU und den USA als „demokratischer Musterknabe“ zu präsentieren. Auch ein erneutes Aufblühen der Protestbewegung ist nicht völlig ausgeschlossen. Ob die marokkanischen Parlamentswahlen das Ende oder den Anfang eines „marokkanischen Frühlings“ darstellen, hängt von der Fähigkeit der PJD ab, sich einer kooptativen Funktionalisierung durch den König zu widersetzen. Bisher wurde politisches Versagen vom König immer auf die Parteien abgewälzt. Ob ihm dies auch unter einer PJD-Regierung gelingen wird, bleibt abzuwarten.

Literatur

- Belal, Youssef (2009), *L'usure des oppositions islamistes au Maroc*, in: Éric Gobe (Hrsg.), *L'Année du Maghreb 2009*, Paris: CNRS Éditions, 59-74.
- Bennani-Chraïbi, Mounia (2008), „Hommes d'affaires“ versus „profs de fac“. La notabilisation parlementaire d'un parti de militants au Maroc, in: *Revue internationale de politique comparée*, 15, 2, 205-219.
- Desrues, Thierry (2007), *L'emprise de la monarchie marocaine entre fin du droit d'inventaire et déploiement de la „technocratie palatiale“*, in: Éric Gobe (Hrsg.), *L'Année du Maghreb 2007*, Paris: Éditions CNRS, 231-262.
- Eibl, Ferdinand (i.E.), *The Party of Authenticity and Modernity (PAM): Trajectory of a Political Deus Ex Machina*, in: *The Journal of North African Studies*.
- Engelcke, Dörthe (2011), *Es regiere der König!*, in: *Zenith*, online: <www.zenithonline.de/deutsch/politik//artikel/es-regiere-der-koenig-002022/> (30.11.2011).
- Jeune Afrique* (2011), *Maroc – Législatives: après la victoire du PJD, Benkirane vise la Primature*, online: <www.jeuneafrique.com/Articles/Dossier/ARTJAWEB20111128085935/maroc-pjd-gouvernement-usfpmaroc-legislatives-apres-la-victoire-du-pjd-benkirane-vise-la-primature.html> (30.11.2011).
- Königreich Marokko (1999), *Discours de S.M. le Roi Mohammed VI à l'occasion du 51^{ème} anniversaire de la Déclaration universelle des droits de l'Homme*, online: <www.maroc.ma/NR/exeres/413B6958-1C7F-422B-B030-CD5440E192FD> (30.11.2011).
- Tozy, Mohamed (2008), *Islamists, Technocrats, and the Palace*, in: *Journal of Democracy*, 19, 1, 34-41.
- Willis, Michael (2008), *Islamism, Democratization and Disillusionment: Morocco's Legislative Elections of 2007*, Research Paper, 1, Middle East Centre, Oxford: St Antony's College, online: <www.sant.ox.ac.uk/mec/morocco/Islamism-Democratisation-Disillusionment.pdf> (30.11.2011).
- Willis, Michael (2009), *Conclusion: The Dynamics of Reform in Morocco*, in: *Mediterranean Politics*, 14, 2, 229-237.

■ Der Autor

Ferdinand Eibl ist Doktorand an der University of Oxford und derzeit Gastwissenschaftler am GIGA Institut für Nahost-Studien. Seine Forschung konzentriert sich auf Autoritarismus, vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung und die politischen Entwicklungen des Maghreb.

E-Mail: <eibl@giga-hamburg.de>, <ferdinand.eibl@sant.ox.ac.uk>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ werden im Forschungsteam „Persistenz und Wandel nichtdemokratischer Regime“ politische Transformationsprozesse, die Bedeutung von Wahlen sowie das Zusammenspiel von Regierung und Opposition vergleichend analysiert. Das Forschungsteam „Recht und Politik“ untersucht unter anderem die Einflüsse von Verfassungsreformen auf den Wandel politischer Systeme.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Bank, André (2010), *Wahlen in Jordanien: Islamistischer Boykott und autoritäre Kontinuität*, GIGA Focus Nahost, 12, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Bank, André (2011), Marokko und Jordanien: Soziale Proteste und monarchischer Autoritarismus, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Online-Dossier „Arabischer Frühling“, online: <www.bpb.de/themen/49OY10,0,0,Marokko_und_Jordanien.html>.

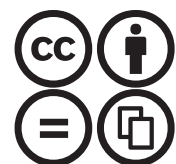
Fürtig, Henner (2011), *Präsidentensturz in Ägypten: Personal- oder Regimewechsel*, GIGA Focus Nahost, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Mattes, Hanspeter, und Sigrid Faath (2011), *Der Machtwechsel in Tunesien und politische Reformperspektiven in Nahost*, GIGA Focus Nahost, 1, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Richter, Thomas (2011), *30 Jahre Golfkooperationsrat: Schützt Mitgliedschaft vor Revolution?*, GIGA Focus Nahost, 5, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM